



Stiftung Bührle droht, die Sammlung zurückzuziehen

Stadt und Kanton Zürich wollen die Provenienzforschung überprüfen lassen. Das sei ein Übergriff, sagt Lukas Gloor, Direktor der Stiftung

THOMAS RIBI

Um Kunst geht es schon lange nicht mehr. Sondern um die Frage, was es heisst, angemessen mit einem schwierigen, historisch belasteten Erbe umzugehen. Seit einem Monat sind die Bilder der Sammlung von Emil Georg Bührle im Erweiterungsbau des Zürcher Kunsthauses zu sehen. Das hätte der Abschluss jahrelanger Bemühungen sein sollen: die Sammlung des Zürcher Waffenfabrikanten, die weltweit als eine der bedeutendsten privaten Kunstsammlungen gilt, der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, und zwar so, dass auch die Herkunft der Kunstwerke thematisiert wird.

Doch die Vorwürfe an die Adresse der Stiftung reissen nicht ab: Ehemalige Mitglieder der Bergier-Kommission haben vor einigen Tagen den Verantwortlichen vorgeworfen, nicht mit der Kommission kooperiert und Dokumente zu den Kunstwerken in der Sammlung vorenthalten zu haben. Dokumente, die vorhanden gewesen wären, wie sich nachträglich zeigte. Stadt und Kanton Zürich kündigten daraufhin an, die Dokumentation der Stiftung von unabhängiger Seite prüfen zu lassen.

Allerdings stehen auch die Bestände der Sammlung nach wie vor unter Verdacht. Unter den Bildern befanden sich Werke, deren Provenienz nicht eindeutig geklärt sei, sagen der ehemalige Vizedirektor des Zürcher Kunsthauses Guido Magnaguagno und der Historiker Erich Keller. Dabei geht es um sogenanntes Fluchtgut. Werke, die Emil Georg Bührle während des Zweiten Weltkriegs im NS-Regime verfolgten Juden abgekauft habe. Menschen also, die sie aus einer finanziellen Notlage heraus verkauft hätten – weil sie dringend Geld brauchten, um ihre Flucht zu finanzieren. Solche Käufe sind, auch wenn sie rechtlich ordnungsgemäss abgewickelt wurden, moralisch schwer zu rechtfertigen.

Unter Druck verkauft?

Die Stiftung Bührle stellt sich auf den Standpunkt, die Provenienzen der Werke seien geklärt. Der Kunsthistoriker Lukas Gloor, der seit 2002 für die Stiftung tätig ist, hat die Sammlung aufgearbeitet. Seit 2010 sind die Ergebnisse seiner Untersuchungen online verfügbar, und zwar für alle rund 600 Bilder, die Bührle zwischen 1936 und 1956 erworben hat. Auch im Fall von Claude Monets «Mohnfeld bei Vétheuil», um das sich der Streit dreht, der nun wieder aufgeflammt ist.

Die Erben des ehemaligen Besitzers, Max Emden, meldeten 2012 Ansprüche an: Ihr Vater habe das Bild 1940 weit unter dem Marktpreis verkauft, um nach Südamerika auswandern zu können. Lukas Gloor widerspricht dieser Darstellung. Der Fall sei untersucht und detailliert belegt: Der Besitzer habe das Werk «im Rahmen einer geordneten Emigration» verkauft und nicht unter Druck. In einem Interview mit dem «Sonntags-Blick» geht Gloor nun in die Offensive. Dass Stadt und Kanton die Ergebnisse seiner Untersuchung durch externe, unabhängige Experten prüfen lassen wollten, sei befremdlich, sagt er. Der Zürcher Stadtrat habe diesen Entscheid getroffen, ohne dass mit der Stiftung vorher der Kontakt gesucht worden sei. Inhaltlich sei von einer solchen Evaluation nichts Neues zu erwarten, sagt Gloor – und macht deutlich, dass die Geduld der Stiftung bald am Ende sein könnte.

«Unsere Stiftung hat sicher nicht zum Ziel, zur Dauerbelastung für das Kunsthaus und für Zürich zu werden», sagt er im «Sonntags-Blick». Auf Nachfrage verwahrt er sich entschieden gegen die im Online-Magazin «Republik» aufgestellte Behauptung, es gebe Vereinbarungen zwischen der Trägerschaft des Kunsthauses und der Bührle-Stiftung, gemäss denen einzelne Werke von wei-

teren Provenienzforschungen ausgeschlossen seien: «Das ist ebenso wahrheitswidrig wie unsinnig», sagt Gloor. Solche Anschuldigungen dienen nur dazu, die Provenienzforschung der Stiftung zu diskreditieren.

Die Stiftung Bührle setze alles daran, für alle Bilder der Sammlung möglichst vollständige Provenienzberichte zu erstellen, sagt Lukas Gloor. Für vernünftige Vorschläge, diese Forschung weiterzuführen und der Öffentlichkeit deren Resultate zu vermitteln, sei man offen. Zurzeit werde neben jedem Bild der Sammlung ein QR-Code angebracht, über den man sich über die Resultate der Provenienzforschung informieren könne. Aber die Sammlung Bührle dürfe nicht «zu einer Gedenkstätte für NS-Verfolgung» werden.

Die Aufgabe der Stiftung Bührle bestehe darin, die Werke der Sammlung bestmöglich zugänglich zu machen, sagt Gloor. Das bedeute auch, sie vor der Vereinnahmung als historische Dokumente zu schützen. Als Beispiel nennt er Auguste Renoirs «Petite Irène». Natürlich müsse man auf die tragische Verbindung des Bildes mit dem Holocaust hinweisen. Das Bild wurde nach dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich vom Einsatzstab Rosenberg, Hitlers Kunsträubern in Frankreich, «konfisziert». Hermann Göring nahm es in seine Sammlung auf. Die Familie der Besitzer wurde in Auschwitz ermordet.

Renoirs schönstes Kinderbildnis

Doch das, sagt Gloor, sei nur ein Aspekt des Bildes. Es sei auch Renoirs schönstes Kinderbildnis. Und der Künstler habe mit dem, was sich sechzig Jahre nach der Vollendung des Porträts abgespielt habe, nichts zu tun. Das Bild darauf zu verengen, werde der Kunst nicht gerecht.

Aber eben, im Vordergrund steht nicht mehr die Kunst. Und bisweilen



fragt man sich, ob es wirklich nur um den Umgang mit historisch belasteter Kunst geht. Die Politik hat sich des Themas bemächtigt, Parteien kochen ihr je eigenes Süppchen auf der Glut, Sachverständige verschiedener Couleur und mit verschiedensten Interessen melden sich zu Wort – zu einem Thema, bei dem man sich des öffentlichen Interesses sicher sein kann.

«Können nicht mehr mitmachen»

Lukas Gloor, der wie geplant Ende Jahr

als Direktor der Stiftung zurücktritt, spricht klare Worte, um seinen Unmut darüber deutlich zu machen. Es sei vereinbart gewesen, sagt er, dass das Kunsthaus die Provenienzforschung übernimmt. Was sich die Stadt Zürich leiste, sei ein Übergriff. Damit sei eine neue Situation entstanden. «Wenn jetzt die Stadt Zürich dem Kunsthaus diktiert, wie die Sammlung Emil Bührle dem Publikum zu erklären ist, können wir nicht mehr mitmachen», sagt er im Interview.

Was das bedeutet, lässt er offen. Aber

schwer zu verstehen ist es nicht. Die Stiftung Bührle könnte die Sammlung wieder aus dem Kunsthaus abziehen. Laut den geltenden Verträgen Ende 2034. Wenn der Vertrag vorzeitig gekündigt würde, allenfalls auch vorher. Man sei noch weit davon entfernt, über Kündigungstermine nachzudenken, sagt Lukas Gloor. Aber wenn Stadt und Kanton Zürich so direkt in die Präsentation der Sammlung eingriffen, könne die Stiftung dies nicht mehr verantworten.



KEYSTONE

Lukas Gloor
Direktor
der Stiftung Bührle